



Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Betreff: „Gesundheitssystemkollaps-Existenzbedrohung-Planwirtschaft“

Von: Dr. D. Kusnierczak, 12. März 2009, 13:06 Uhr
An: Binding Lothar

Sehr geehrter Herr Binding

Ich bin ein niedergelassener Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie. Dies allerdings erst seit 2005. Damals, also vor drei Jahren, ging ich besten Vertrauens in die Politik und unser Gesundheitswesen das Risiko ein, eine eigene Praxis mit konservativer und operativer Tätigkeit zu eröffnen. Wie jeder Geschäftsmann im Glauben an eine gute Entwicklung und vor allem auch, aufgrund der Notwendigkeit einer ärztlichen Versorgung hin, ausgelegt auf eine Entwicklung und Steigerung der Praxis, des Umsatzes und mit dem Ziel mit viel Arbeit auch etwas erreichen zu können. Wie es sich in einer freien Marktwirtschaft versteht, war mein Ziel mit hohem medizinischem Niveau und Equipment, mit viel Engagement und vor allem viel Arbeit auch eine anständige Entlohnung zu bekommen. Getreu nach dem Motto, wer arbeiten will, hat auch Arbeit und wer viel arbeitet der verdient auch gut. Nun kommt die momentane Politik des Gesundheitswesens, die mir vorschreibt, wie viel ich zu arbeiten habe, bzw. dass ich gar nicht mehr arbeiten darf, bzw. wenn, dann überhaupt umsonst, bzw. für ein Zehntel des Preises und außerdem für einen Pauschalpreis pro Patient. In meiner Fachrichtung beträgt dieser ca. 28€ für 3 Monate. Also 28€ für einen Akademiker, eigentlich im europäischen Umland hoch dotiert ist, und dafür muss, oder kann ich einen Patienten mit all meinem technischen Equipment und Personal versorgen, egal ob dieser mich einmal 20 Minuten beschäftigt, oder zehn mal 30 Minuten (...). Und was mache ich, ich schaue mir Patienten x-mal an nehme mir Zeit und gehe auf viele Probleme ein, mache kostenpflichtige Fortbildungen und halte eine Praxis mit Personal vor, trotz dieser Bezahlung, alles für 28 €. Aus Nächstenliebe, aus medizinischem Ethos, aus dem Wunsch Patienten zu helfen und den Beruf noch als Berufung zu sehen. (...) selbst ein Haarschnitt, dieser ist auch ca. alle Monate bis eineinhalb Monate fällig kostet inzwischen in unserer Region knapp 30 €. Und der Friseur hat dafür nicht viele Jahre studiert und trägt kein hohes Risiko wenn er Haare schneidet.

Nun, was sage ich meiner Bank, wenn die Zinsen für meinen Kredit (...) fällig werden? (...) Was sage ich meinen Angestellten, die Ihre Familien ernähren? Und zu guter Letzt, wenn auch nur als Schlusslicht, wovon lebe ich? Ich muss dann all diese Forderungen damit abtun, dass ich meinen Beruf aus Berufung mache, dass ich Patienten helfen möchte und auch helfen will und sogar per Gesetz dazu verpflichtet bin und halt nur 28 € pro Patient, dies auch noch auf eine bestimmte Anzahl Patienten reglementiert, bekomme, dass der Rest der Kosten mir bitte aus Hilfsbedürftigkeit, auch Berufung, aus Verpflichtung zur Hilfe erlassen werden muss? (...) Bitte doch, denn ich bin Mediziner, will helfen und dies gut, keine Scharlatanerie und auch kein Voodoo, mit einem Hochschulstudium und Ruf der vor ca. 10 Jahren noch einer der Besten Deutschlands war.

Für mich stellt sich dieses Engagement, das ich bringen möchte und von einer Politik boykottiert wird die anderen Forderungen nach mehr Lohn und Steigerung des Einkommens bei steigenden Preisen immer versucht nachzukommen, eher als Kampf gegen Windmühlen dar. Mache ich etwas, bekomme ich etwas, mache ich mehr bekomme ich weniger, oder

gleichviel, strenge ich mich an, schaffe viel und bin immer präsent, bekomme ich immer noch gleichviel und muss noch drauflegen. Planwirtschaft war das, so glaube ich zu wissen zu DDR-Zeiten und das hat nicht gerade zum Fortuna dieses Staates geführt. Der Kapitalismus und die freie Wirtschaft sieht das anders vor, glaube ich, mache ich viel, habe ich eine gute Ausbildung, bin ich qualifiziert, so kann ich gutes Geld verdienen. Ich hingegen biete dies, soviel ich überblicken kann alles und darf aber nicht gutes Geld verdienen, soll mich mit einem Lohn der unter einem Haarschnitt liegt für 3 Monate insgesamt zufrieden geben und damit auch meine Angestellten, Bank, Vermieter und meine Familie auch.

Nicht etwa, dass ich zu risikoreich investiert habe, dass ich nicht durchgerechnet habe, oder auch andere durchgerechnet haben, ob sich alles rentiert und zu einem guten Ende führt. Dies ist auf der Grundlage einer guten Entlohnung für gute Arbeit entstanden, ohne dafür auch die Berufsehre an den Nagel hängen zu müssen, einem Einbeinigen 1 Paar Einlagen (für 2 Füße!) aufschwätzen zu müssen. Es stand alles auf sicheren Beinen, ist gewachsen und gediehen und wird nun jäh durch eine Gesundheitspolitik, die für so etwas kontraproduktiv ist boykottiert und niedergetreten. Traurig, denn ich sehe als ein Bürger dieses Staates, der dessen gute Ausbildung genossen hat, der gerne auch weiter für diesen leben, arbeiten und in diesem konsumieren möchte und Arbeitsplätze stellen möchte und so zu dessen Aufwärtstrend beitragen möchte, nur noch zwei Auswege, welche beide mich nicht schlafen lassen. Zum Ersten Hartz vier, sofern ich es bekommen sollte, wenn die Schraube sich weiterdreht und eventuell dazu einen ein € Job als überqualifizierte Kraft, die im europäischen Ausland hochdotiert wird. Dafür schäme ich mich momentan sogar im Vergleich zu Kollegen im Ausland etwas. Zum Zweiten der Ausweg in das schon öfter zitierte Ausland auszuwandern, dort meine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen und zufrieden zu sein mit einer adäquaten Entlohnung bei teilweise sogar geringerem Arbeitsaufwand, da dort dieser Beruf des Facharztes noch Gültigkeit hat und angesehen ist.

(...) was kann und will die Politik dafür tun, dass zum Einen eine Gesundheitsversorgung mit guter Entlohnung gesichert ist, zum anderen nicht hochqualifizierte Arbeitskräfte wie ich nur noch den Ausweg des Auswanderns sehen und zum Dritten, wie Sie mich im besonderen, aber auch alle anderen Kollegen vor dem Ruin und Hartz IV bewahren möchten und ob das überhaupt gewollt ist, denn dieses Entgelt ist sicher günstiger als einen teuren Medizinapparat aufrecht zu erhalten, aber dann schraube ich nicht nur mich abwärts, sondern das ganze, vor allem auch das vor dem - und im Ausland, ach so hoch gelobte Gesundheitssystem, nach unten bis in den Kollaps.

(...) Für eine Firma Opel, dessen Mitarbeiter insgesamt in Deutschland ca. 30000 betragen, will die Politik relativ schnell und mit Gesprächsbereitschaft Milliarden zur Verfügung stellen – zur Rettung! Für ein Gesundheitssystem in dem im ambulanten Bereich alleine in Baden-Württemberg 500000 Angestellte tätig sind, also in Gesamtdeutschland wesentlich mehr Arbeitsplätze bei der momentanen „Boykottpolitik“ betroffen sind, ist noch nicht einmal Gesprächsbereitschaft, oder gar finanzielle Hilfe angedeutet worden. – Dabei ist dagegen Opel doch wohl eher ein „Kleinbetrieb“, aber fraglich ein Prestigeobjekt für Deutschland – das Gesundheitssystem wohl nicht.

Für Ihre konstruktiven Anregungen, Vorschläge und auch politisch ernst gemeinten „Fahrpläne“ zur ggf. Behebung dieses doch offensichtlichen Missstandes bin ich offen und würde mich freuen auch solche von Ihnen zu erhalten. Wenn ich „noch mehr“ Engagement zeigen soll, wie ich es jetzt schon gegenüber meinen Patienten - aus Berufung - tue, wenn ich irgendetwas dafür tun kann um wieder aus der Abwärtsschraube herauszukommen, wenn ich Sie dabei unterstützen kann, oder was auch immer Ihre Politik dafür notwendig hat, lassen

Sie es mich bitte wissen, ich bin zu vielem bereit – wie man aber oben lesen kann, sicher nicht mehr zu allem.

Mit freundlichen Grüßen aus Heidelberg

Dr. med. Dirk Kusnierczak

Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie

Von: Lothar Binding, 16. März 2009, 10:45 Uhr

An: Dr. D. Kusnierczak

Sehr geehrter Herr Dr. Kusnierczak,

vielen Dank für Ihre Mail. Ihre Ausführungen deuten auf eine dramatische Einkommenssituation. Eine Verarmung darf grundsätzlich nicht hingenommen werden. Ich möchte darüber substantiiert mit den Fachleuten der Selbstverwaltungsgremien und im Ministerium sprechen und bitte Sie deshalb, mir Ihre Steuererklärungen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 zu überlassen, aus denen Ihre Einkommens- und Vermögenssituation hervorgeht.

Es ist schade, dass drei Ihrer Kollegen, die ähnliche Mails geschrieben haben, auf meine Rückfrage immer nur ausweichend geantwortet haben.

Ich denke, dass wir den Patienten, Arbeitnehmern, Rentnern und so weiter offen sagen müssen, dass Sie mehr von Ihrem Einkommen abgeben müssen, wenn andernfalls die Ärzte verarmen. Eine Binsenweisheit: Ein Arzt kann Patienten nur so lange helfen, wie seine Praxis existieren kann.

Eine höhere Belastung von Patienten, Arbeitnehmern oder Rentnern, um die Einkommen der Ärzte zu steigern, ließe sich natürlich nur rechtfertigen und erklären, wenn die Einkommen tatsächlich transparent wären.

Es spielen auch noch andere Parameter eine Rolle, wie z.B. die gewaltige Zunahme der Anzahl der Ärzte in den vergangenen zwei Jahrzehnten, Alter, Forschung und so weiter. (...) Hoffentlich kann ich einen Beitrag zur Lösung Ihrer dramatischen Einkommenssituation leisten.

Viele Grüße

Ihr Lothar Binding

Von: Dr. D. Kusnierczak, 18. März 2009, 08:44 Uhr

An: Binding Lothar

Sehr geehrter Herr Binding

Ich bin, wie vielleicht auch meine Kollegen, etwas unentschlossen, meine Steuererklärung der letzten 3 Jahre, wovon 2008 noch nicht erstellt ist "einfach so" herauszugeben. Sicher wird sie das auch widerspiegeln was ich schreibe. denn es geht doch, insgesamt nicht nur um das "Verarmen" von einzelnen Ärzten, vor allem den Jungärzten, die seit ein paar Jahren eine

Praxis betreiben, vielmehr geht es doch auch um ein prinzipielles Problem, dass man politisch gesteuert und gewollt einen Salair bekommt für den eine Putzfrau keine 3 Wochen arbeiten würde und damit auch eine Praxis mit Miete und Personal finanzieren muss und soll. So beträgt überschlagsweise das Gehalt für meine Arzthelferinnen incl. Sozialabgaben - und ggf. kann auch da die Politik Schützenhilfe bei den mittelständigen Unternehmen betreiben (Sozialabgaben vermindern für z.B. Weihnachtsgeld/13.Monatsgehalt-das ich dieses Jahr nicht mehr zahlen kann, da dies aufgrund der hohen -doppelten-Sozialkosten- nicht geht) - ca.3000€/Monat, dabei arbeite ich schon am unteren Mitarbeiterbestand, dann kommen dazu etwas mehr als 3000€ Miete, und nochmal ca. 2500€ Tilgung für Kredite, dann Kosten für Röntgenfilme, Entwickler etc. ca. 1000€/Monat sind 8500€ gesamt, dann meine Krankenversicherung mit 400€, etwas zum Leben für mich sind 1000€- wovon ich 600€ private Miete zahle - also summasummarum 10.0000€/Monat ohne irgendwelche Anschaffungen oder sonstiges. Also für 3 Monate 30.0000€, was insgesamt nicht reicht. Nun werden mir nach einer Gesundheitsreform für 3 Monate etwas mehr als 24000€ zugestanden-bisher hatte ich im Quartal ca. 38000-45000€, so dass ich auch für eine Riesterrente etc. noch etwas tun konnte und auch noch etwas Spaß am Leben hatte. So wie man sich das bei Akademikern in meinem Alter- 42 Jahre - die etwas erreicht haben sollten, auch vorstellt. Dass ein Entgelt von 28€/Patient für 3 Monate dann ein Hungerlohn ist, der auch noch demotiviert und ich mit einem Salair von 240000€/3Monate nicht mehr lange überleben kann, wobei ich gern mehr arbeiten würde, bzw. ja sogar mehr arbeite, aber halt für "umsonst"- denn Patienten kommen nunmal teilweise 4-5-6 Mal in 3 Monaten und nichts dafür bekomme - staatlich gesteuert - also Planwirtschaftlich- da ist der Untergang meinerseits, inclusive auch meine Demotivation zur Arbeit (dies war auch in DDR-Zeiten der Planwirtschaft so) vorgezeichnet. Um es vielleicht krass zu beschreiben- ich habe bis heute laut PC ca. 480000€ erwirtschaftet durch Arbeit an Patienten, teilweise von um 8 bis 20 Uhr abends ohne Pause- bekommen soll ich insgesamt 24000€ plus nun 5000€ Röntgenentgelt ggf. - Also habe ich für mindestens ein Drittel, wenn nicht mehr umsonst gearbeitet - politisch gewollt, politisch diktiert. Dies demotiviert und führt zu dem Untergang allseits, ausser man arbeitet nebenher noch als...Callboy oder oder oder- um Ihr Gesundheitssystem zu finanzieren?

Es geht nicht darum, den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, für eine marode Gesundheitsreform, in der noch nicht einmal 20% des Geldes das eingetrieben wird, den erreichen, der 95% aller Patientenkontakte hat und die Behandlungen macht. Es tauchen angeblich im Gesundheitwesen immer wieder Millionen auf (ich wünschte bei mir würden die auch einfach mal so irgendwo auftauchen) - die aber den Empfänger nicht erreichen. Noch einfacher für Sie gesagt, stellen Sie sich vor Sie spenden 100.000€ für notleidende Kinder in Afrika und 15000€ erreichen diese dann, der Rest verkümmert in der Verwaltung, in Gremien, in Anlagengeschäften und - im Medizinerfall sehr verwaltungslastigen und kostenträchtigen Krankenhäusern, die auf ein Aussieben unsererseits, also den Fachärzten angewiesen sind.

Wäre das nicht auch für Sie frustrierend und Sie als Politiker würden dieser Hilfsorganisation der Sie gespendet haben den Hahn zudrehn?

Liebe Grüße aus Heidelberg

Dr. med. Dirk Kusnierczak

Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie

Von: Lothar Binding, 19. März 2009, 12:59 Uhr
An: Dr. D. Kusnierczak

Sehr geehrter Herr Dr. Kusnierczak,

hoffentlich können Sie verstehen, dass Ihre Antwort keine Grundlage für ein Fachgespräch mit der KV und dem Ministerium ist. Vielleicht kreuzen sich unsere Wege gelegentlich um das Thema zu vertiefen. Das würde mich freuen.

Viele Grüße, Ihr Lothar Binding

Von: Dr. D. Kusnierczak, 20. März 2009, 08:24 Uhr
An: Binding Lothar

Sehr geehrter Herr Binding

leider verstehe ich nicht warum meine Antwort keine Diskussionsgrundlage bietet, obwohl es Tatsachen sind, die Ihre Partei selbst mitgeschaffen hat, aber wenn Sie das so sehen möchten. Ich möchte auch Ihrer, schon anfängliche polemischen Antwort nicht weiter entgegenstehen. Vielmehr weiß ich nun, dass ich, als SPD Wähler über Jahre nun Ihre Partei nicht mehr protegieren werde. Und haben wir Ärzte bislang keine Politik in unseren Wartezimmern betrieben, werde ich dies aber nun in Patientengesprächen gerne forcieren, aber wie Sie verstehen werden, in der Hoffnung auf Parteien, die, so auch nach einem Anschreiben von mir, dezidierter auf die Problematik eingehen und auch diskussionsbereit sind.

herzliche Grüße aus Heidelberg

Dr. med. Dirk Kusnierczak

Von: Binding Lothar, 21. März 2009, 01:06 Uhr
An: Dr. D. Kusnierczak

Sehr geehrter Herr Dr. Kusnierczak,

die Kernaussage meiner Antwort an Sie [„Ich möchte darüber substantiiert mit den Fachleuten der Selbstverwaltungsgremien und im Ministerium sprechen“] war eine Reaktion auf Ihren Hilfeschrei [„nun kommt die momentane Politik, (...) die mir vorschreibt, (...) dass ich gar nicht mehr arbeiten darf, bzw. wenn, dann überhaupt umsonst, bzw. für ein Zehntel des Preises“]. Sie sprechen von Arbeitsverbot und einer 10% Vergütung und nennen meine Antwort nun „anfängliche polemischen Antwort“?

Bitte lesen Sie Ihre eigene Mail noch mal vorsichtig. Sie werden erkennen, dass sie keine Grundlage für eine Analyse mit Fachleuten ist. Ich erneuere gern mein Angebot aus meiner ersten Antwort, benötige aber belastbare Daten (Steuererklärungen) in strukturierter Form.

(...) Ich würde es mir außerdem nicht erlauben Ihnen Vorschriften zu machen. Wenn Sie schreiben: „haben wir Ärzte bislang keine Politik in unseren Wartezimmern betrieben, werde ich dies aber nun in Patientengesprächen gerne forcieren (...)“ – dann liegt die Verantwortung dafür bei Ihnen. Falsch ist allerdings, dass „Ärzte bislang keine Politik in (...) Wartezimmern

betrieben" hätten. Ich erhalte immer wieder Post von Patienten, die von ihren Ärzten falsch informiert wurden. Manche wundern sich auch, wie viel Zeit Ärzte, die Patientengespräche zuvor noch in großer Eile auf ein Minimum reduzierten, zu einem politischen Gespräch haben.

(...) Schicken Sie das erforderliche Material, ich analysiere es für meine Fachgespräche und gebe Ihnen anschließend über die Ergebnisse Bescheid, die wir besprechen sollten.

Viele Grüße, Ihr Lothar Binding